

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Band: 23 (1996)
Heft: 6

Artikel: Raubgold und nachrichtenlose Vermögen : die Schweiz unter Beschuss
Autor: Lenzin, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910684>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 07.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Raubgold und nachrichtenlose Vermögen

Die Schweiz unter Beschuss

Die Rolle des Finanzplatzes Schweiz im Zweiten Weltkrieg soll umfassend untersucht werden. Zu spät? Jedenfalls sieht sich die Schweiz heftiger Kritik ausgesetzt. Es geht um Raubgold und den Umgang mit nachrichtenlosen Vermögen.

Die wichtigsten Fakten sind seit einiger Zeit bekannt:

- Die Schweizerische Nationalbank hat dem nationalsozialistischen Deutschland Gold abgekauft, das während den Feldzügen der Wehrmacht geraubt wurde. Im sogenannten Washingtoner Abkommen von 1946 hat sich die Schweiz

René Lenzin

verpflichtet, 250 Millionen Franken in Gold sowie deutsche Guthaben an die Alliierten abzugeben.

- Auf Schweizer Bankkonten befanden und befinden sich sogenannte nachrichtenlose Vermögen, unter anderem von Opfern des Holocaust. Trotz eines Bundesbeschlusses von 1962, der eine Meldepflicht für solche Vermögen einführt, haben die meisten Banken bis vor kurzem das Bankgeheimnis sehr restriktiv ausgelegt und die Suche nach diesen Vermögen nicht gerade erleichtert. Immerhin wurden im Februar '96 wieder über 30 Millionen Franken bei insgesamt 51 Banken entdeckt, und in einem Abkommen mit dem jüdischen Weltkongress willigte die Schweizerische Bankiervereinigung in die Schaffung einer unabhängigen Kommission zur Aufspürung jüdischer Gelder ein.

Riesiger Aktenberg

Als Folge eines parlamentarischen Vorstosses, der 1995 eingereicht worden war, haben National- und Ständerat beschlossen, eine Expertengruppe einzusetzen, die den Finanzplatz Schweiz im Zweiten Weltkrieg untersucht. Allein im Schweizerischen Bundesarchiv warten gut 500 Laufmeter Akten auf die Mitglieder dieser Expertengruppe; der Arbeitsaufwand wird auf 80 Personenjahre

geschätzt. In fünf Jahren soll die Expertengruppe ihren Bericht abliefern.

Doch das geht vielen zu lang, denn seit etlicher Zeit dominieren die Themen Raubgold und nachrichtenlose Vermögen die Schlagzeilen sowohl der Schweizer als auch der internationalen Presse. Das Image der Schweiz im Ausland verschlechtert sich mit jeder neuen «Enthüllung», die insbesondere der amerikanische Senator Alfonse D'Amato in die Notizbücher der Presseleute diktiert. Bei genauem Hinsehen erweist sich zwar, dass D'Amatos Helferstab kaum wirklich Neues zu Tage fördert, doch der Reigen an Vorwürfen an die Schweiz bricht nicht ab. Und auch innenpolitisch wirft das Thema hohe Wellen, was vor allem auf drei Gründe zurückzuführen sein dürfte:

Zum ersten das kurzlebige Gedächtnis von Medien und Öffentlichkeit. Immer wieder wird bereits Bekanntes als sensationelle Neuigkeit verkauft. Das beste Beispiel liefert das Entschädi-

Wieviel Raubgold ist in die Schweiz gelangt? Die Rolle des Finanzplatzes Schweiz im Zweiten Weltkrieg soll untersucht werden. (Foto: RDZ)



gungsabkommen mit Polen von 1949. Senator D'Amato liess verlauten, er habe ein «geheimes» Zusatzprotokoll entdeckt. Es stellte sich jedoch heraus, dass genau dieses bereits 1950 im Wortlaut im Parlament verlesen worden war.

Zum zweiten die Informationspolitik. Erst spät erkannte die Landesregierung, welches Gewitter sich da zusammenbraute, und setzte einen Sonderstab ein, der verwaltungsintern koordiniert und nach aussen informiert. Zuvor äusserten sich einzelne Bundesräte und Verwaltungsstellen in isolierten, zum Teil widersprüchlichen Voten.

Mühe mit der eigenen Geschichte

Zum dritten die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, mit der wir uns nach wie vor schwer tun. Sogar die eher konservative «Neue Zürcher Zeitung» schreibt in einem Leitartikel, dass «wir einen entspannten Bezug zu unserer Geschichte» vermissen liessen. Wurde die Einsetzung der Expertengruppe im Parlament ohne Gegenstimme beschlossen, war es mit der Einigkeit in der Detailberatung schnell vorbei. Vom Eingeständnis einer «immensen Lebenslüge» unseres Landes bis zur bedingungslosen Rechtfertigung der damaligen Haltung reichte das Spektrum. In einer anschliessenden Kontroverse am Radio wurden zwei als eher besonnen geltende Nationalräte fast handgreiflich.

Der verkrampfte Umgang mit diesen heiklen Themen spiegelt in den Augen vieler Beobachter das generelle Unbehagen breiter Kreise der schweizerischen Bevölkerung. Die Schweiz befindet sich seit einigen Jahren in einer eigentlichen Identitätskrise, wird sogar gesagt. Die anhaltenden Vorwürfe aus dem In- und Ausland stärken die herrschende Verunsicherung zusätzlich.

Die Expertenkommission soll daher ihre Arbeit schnell aufnehmen, aber sie wird eine gewisse Zeit brauchen, diese auch gründlich auszuführen. Es gilt nämlich Klarheit zu schaffen. Das heisst nicht mehr und nicht weniger, als die Dinge auf den Tisch zu legen und beim Namen zu nennen, damit sowohl die bekannten Fakten als auch die Mutmassungen der jüngsten Zeit richtig eingeordnet und bewertet werden können. ■